

Grossfirmen sind gefragt

Die regionale Wirtschaft will 100 neue Stellen für behinderte Menschen schaffen



CHARTA Mitglieder der Regierungen beider Basel und Vertreter der Wirtschaft stehen vor dem Grossplakat zur neuen «Charta». HEINZ DÜRRENBARGER

Die Invalidenversicherung will vermehrt potentielle Rentenbezüger in die Arbeitswelt eingliedern. Dabei sollen ihr die regionalen Arbeitgeber helfen.

ESTHER JUNDT

Der Zeitpunkt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht gut. Die Wirtschaftskrise ist allgegenwärtig. Auch die Arbeitgeber in der Region spüren den Rückgang der Wirtschaftstätigkeit, wie sie gestern erklärten. Trotzdem unterschrieben Wirtschafts- und Arbeitgeber-Verbände aus beiden Basel zusammen mit den Regierungsmitgliedern Adrian Ballmer (BL) und Christoph Brutschin (BS) eine «Charta» für die Schaffung neuer Stellen. Konkret verpflichten sie sich, bis Ende 2012 rund 100 zusätzliche Stellen für Menschen mit einer Behinderung anzubieten. Das Projekt soll dazu beitragen, dass die 5. Revision der Invalidenversicherung (IV) besser umgesetzt werden kann.

Rund 20 Firmen aus der Region gehören zu den Erstunterzeichnern.

Mit der «Charta» verpflichten sie sich, «den Grundsatz der Chancengleichheit und der Nicht-Diskriminierung von Menschen mit einer Behinderung in allen Bereichen des Arbeitslebens zu achten und aktiv anzuwenden».

Konjunkturabhängige Daueraufgabe

Die Realisierung des Projekts scheine derzeit unmöglich, sagte Barbara Gutzwiller-Holliger vom Arbeitgeber-Verband Basel. Die Eingliederung von behinderten Menschen sei jedoch eine «konjunkturunabhängige Daueraufgabe». Mit der «Charta» werde Neuland betreten. Die Arbeitgeber würden besser für das Thema sensibilisiert. Andreas Burckhardt, Direktor der Handelskammer beider Basel, wies darauf hin, dass die Eingliederung von Behinderten in kleinen Unternehmen schwierig sei. Deshalb gehe der Aufruf vor allem an grosse Firmen und mittelgrosse Unternehmen. «Habt den Mut, das zu machen, vor allem in der heutigen Zeit», sagte Burckhardt zu den zahlreich anwesenden Arbeitgebern. Andere Vertreter der Ar-

beitgeber sagten, die Wirtschaft müsse aktiv werden, damit es keine Quotenregelungen gebe.

Die IV-Stellenleiter Rolf Schürmann (BS) und Reto Baumgartner (BL) betonten die schwierige Situation der IV. Jährlich schreibe sie eine Milliarde Franken Verlust. Die Schulden seien auf 13 Milliarden angestiegen. Jährlich würden 20 000 Neurenten bewilligt. Das sei zwar ein Drittel weniger als noch vor wenigen Jahren, als ein Höchststand verzeichnet wurde. Trotzdem gebe es immer noch mehr Neurentner als Abgänger. Das Ziel sei deshalb, die Ausgaben zu reduzieren, weniger Neurenten zu bewilligen und die Leistungen zu verringern.

Schneller eingliedern

Die 5. IV-Revision ermögliche es, behinderte Menschen schneller in die Arbeitswelt einzugliedern. Potentielle Rentenbezüger würden früher erfasst, sagte Baumgartner. Bisher seien diese Menschen zu einem viel späteren Zeitpunkt angemeldet worden. Das habe oft die Wiedereingliederung verun-

möglicht. Heute werde schon bei der Anmeldung für eine Rente ein Eingliederungsplan gemacht. Innerhalb von sechs Monaten werde entschieden, ob ein Rentenanspruch berechtigt ist oder nicht. Vor allem für Psychischkranke gebe es zahlreiche Massnahmen für eine langsame Wiedereingliederung ins Arbeitsleben, sagte er.

Die 6. IV-Revision werde das Motto «Integration aus Rente» haben, erklärte Schürmann. Die IV solle von der Renten- zur Integrationsversicherung werden. Deshalb werden die Arbeitgeber eine zentrale Rolle bei der Eingliederung von behinderten Menschen einnehmen, sagten die beiden IV-Stellenleiter. Das Projekt zur Schaffung von 100 zusätzlichen Stellen sei deshalb wichtig, weil die Arbeitgeber nicht verpflichtet sind, Behinderte einzustellen.

Die «Charta» wurde vom Basler Radio X lanciert. Das Projekt wird auch vom Bundesamt für Sozialversicherungen und dem eidgenössischen Büro für Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung unterstützt.

SVP und Grüne spannen zusammen

Referenden gegen Tiefgarage im Dorfkern angekündigt

ROLF SPIESSLER-BRANDER

Das Riehener Gemeindeparlament hat die Baurechtsverträge für einen Neubau und eine Tiefgarage bei der Wettsteinanlage sowie für einen Planungswettbewerb im Stettenfeld genehmigt. Beiden Beschlüssen droht ein Referendum.

In Riehen bahnen sich zwei Volksabstimmungen an. Die kritischen Stimmen kommen von der SVP und von den Grünen. Am zweiten Tag der Märzsession bewilligte der Einwohnerrat die Baurechtsverträge für ein Wohn- und Geschäftshaus inklusive öffentliche Tiefgarage an der Bahnhofstrasse sowie einen Projektierungskredit von 380 000 Franken für einen Planungswettbewerb im Stettenfeld. In beiden Fällen ist das Referendum so gut wie sicher.

Dauerthema Bahnhofstrasse

Die Zukunft des Weissenbergerhauses an der Bahnhofstrasse 34 ist schon längere Zeit ein Thema. Erste Nutzungsprojekte gab es schon 1988. Der Gemeinderat will das Weissenbergerhaus abreißen und an dessen Stelle ein Wohn- und Geschäftshaus bauen lassen. Mit dem Wohnbau-Genossenschaftsverband Nordwest konnte ein Partner gefunden werden, der im gleichen Zug unter der Wettsteinanlage eine öffentliche Tiefgarage mit 117 Plätzen erstellen und auch betreiben würde. Im Gegenzug sollen im Dorfzentrum 85 oberirdische Parkplätze aufgehoben werden, was es erlauben würde, den Parkplatz in der Wettsteinstrasse beim Gemeindehaus in einen öffentlichen Platz zu verwandeln und die Schmiedgasse zur Fussgängerzone zu machen.

Während sich die LDP, FDP und CVP einstimmt, sowie die EVP und SP mehrheitlich für die Vorlage aussprachen, versprach Siegfried Gysel, die SVP werde sich mit allen Mitteln gegen ein zweites Parking im Dorfzentrum wehren. Das Tiefgaragenprojekt bedeute für die Wettsteinanlage mit ihrem grossen Spielplatz einen empfindlichen Eingriff. Die Wettsteinanlage solle in ihrem heutigen Zustand erhalten bleiben. Und die Erhaltung der oberirdischen und gebührenfreien Parkplätze sei für die Dorfgeschäfte lebenswichtig. «Es wird ein Referendum geben und dann ist es an der bürgerlichen Politik zu zeigen, dass ihr der Dorfkern wichtig ist», sagte Marianne Hazenkamp (Grüne). Sie forderte, dass, wenn schon, 117 statt der geplanten 85 oberirdischen Parkplätze aufzuheben seien.

Planung im Stettenfeld

Mit grossem Mehr bewilligte der Rat einen Projektierungskredit von 380 000 Franken für einen Planungswettbewerb im Stettenfeld. Umstritten war im Rat vor allem, ob und wenn ja, welche Einschränkungen man den Planern auferlegen wollte. Schliesslich setzten sich die Kräfte durch, die eine möglichst offene Ausgangslage verlangten. Nur so komme man zu möglichst unterschiedlichen Lösungsvorschlägen und erst dann könne man ernsthaft über die Art und Weise der zukünftigen Nutzung des Gebietes reden. Es gehe nicht um die Bewilligung eines konkreten Projektes, sondern um die Erarbeitung von Planungsgrundlagen.

Der SVP ging dies entschieden zu weit. Das Stettenfeld, das heute unter anderem Kleintierzüchter, Familiengärtner, einen Tennisplatz, einen Bogenschiessplatz sowie verschiedene Gewerbebetriebe beherbergt, sei heute ein «Naherholungsgebiet der Arbeiterklasse», und das solle es auch bleiben, argumentierte Eduard Rutschmann. Er wollte, wie auch SP-Sprecher Roland Engeler, dass das Volk über den Planungskredit abstimmen könne, da es hier um die Grundsatzfrage gehe, ob das Stettenfeld vollständig überbaut werden solle.

Grüne ergreifen das Referendum

Falls die Vorlage nicht dem obligatorischen Referendum unterstellt werde, würden die Grünen das Referendum ergreifen, kündigte Marianne Hazenkamp an. Mehrere Fraktionen wiesen darauf hin, dass das Areal schon länger in der Bauzone liege. Wenn man das Land nun doch nicht überbauen wolle, wäre eine Initiative zur Rückzonung des Gebietes der richtige Weg – was allerdings für die Gemeinde Entschädigungszahlungen von rund hundert Millionen Franken zur Folge haben könnte, wie Rolf Brüdlerlin (LDP) vorrechnete. Der Planungskredit wurde bewilligt und nicht dem obligatorischen Referendum unterstellt.

Mehr als nur «Grüselbeizen»

Lebensmittelhygiene ist nur eines von vielen Themen für das Kantonslabor

Das kantonale Laboratorium erfüllt in Basel die Aufgaben des Konsumentenschutzes – nicht nur, wenn Skandale Schlagzeilen machen. Das Thema «Grüselbeizen» dominiert dennoch die Agenda.

TOPRAK YERGUZ

Grüselbeizen oder Melamin-Verseuchung: «Medienschaffende greifen oft ein Thema heraus», sagte Carlo Conti, der Vorsteher des Gesundheitsdepartements. Das sei berechtigt und notwendig, fand er gestern an einer Medienorientierung. Aber die Aufgaben des Konsumentenschutzes übernehme das kantonale Laboratorium auch wenn gerade keine Skandale die Schlagzeilen dominieren. Als Beweis stellte er den Jahresbericht 2008 des Labors vor: 212 Seiten, die alle Tätigkeiten zusammenfassen. Geprüft wurden von der Radioaktivität im Gewürz über die Legionellen im Duschwasser bis zu den Badetieren aus Kunststoff: Hier wird mehr getan als nur Restaurants getestet.

Einseitiger Medienfokus

Philipp Hübner, Kantonschemiker und Leiter des kantonalen Laboratoriums, bedauerte ebenfalls den Fokus der Berichterstattung: «Wenn etwas nicht schlimm ist, wird es in den Medien weniger gut aufgenommen.» Die Trinkwasserqualität habe beispielsweise erhöht werden können, was aber weitgehend unbeachtet geblieben sei.

«Was wir machen, ist die Durch-



EIN WEITES FELD das Kantonslabor untersucht nicht nur Lebensmittel. HDU

setzung des Konsumentenschutzes», erklärte Conti. Er lobte das Basler Modell, das im Gegensatz zum eidgenössischen Modell dafür nur eine Dachorganisation vorsieht. «Es ist unbefriedigend, dass der Konsumentenschutz auf Bundesebene auf zwei Departemente und mehrere Bundesämter verteilt ist», sagte er.

Im Kanton Basel-Stadt sei der Konsumentenschutz nur Sache des kantonalen Labors. Er bestehe aus drei Teilen: Dem Schutz vor Gesundheitsgefährdung, dem Schutz vor Täuschung und –etwas, worüber Sie gerne berichten– die Kontrolle des hygienischen Umgangs mit Lebensmitteln.

Die Medienorientierung glitt so

von selbst wieder ins Thema Lebensmittelhygiene. Conti und Hübner präsentierten diesbezüglich konkrete Zahlen. Von 918 inspizierten Lebensmittelbetrieben erzielten ganze 27 Prozent ein ungenügendes Resultat. Daraus aber zu schliessen, dass 27 Prozent der Betriebe in Basel solche «Grüselbeizen» sind, sei falsch. Die Kontrollen würden nämlich «risikobasiert» durchgeführt, erklärte Hübner. Oder wie sich Conti prosaischer ausdrückte: «Die Inspektoren kennen ihre Pappenheimer.» Konkret bedeutet dies: Schlechte Betriebe werden häufiger kontrolliert. «Damit blähen wir künstlich die Statistik auf», erklärte Hübner.

Philippe Hockenjos, Leiter des

Lebensmittelspektors, erzählte von seinen Erfahrungen bei den Betriebskontrollen. Dass es zu Beanstandungen käme, sei nicht immer nur auf mangelndes Hygienebewusstsein zurückzuführen. Meistens sei die Ursache eine Überforderung: Es werde für die Zubereitung des Essens und für die Bedienung Zeit eingeplant, aber der organisatorische Aufwand für die Küchenpflege gehe vergessen. In der Krisenzeit, wenn viele Betriebe «eng rechnen» müssten, erwartet Hockenjos mehr Fälle von Beanstandungen. Dann werde wohl auch das Essen länger aufbewahrt.

2008 keine Betriebe geschlossen

2008 seien keine Betriebe wegen Beanstandungen geschlossen worden, und nur vier waren vorübergehend von einer Teilschliessung betroffen gewesen.

Neben den «Grüselbeizen» dominierte ein weiteres Thema die Schlagzeilen des letzten Jahres: Die Verseuchung von Milchpulver mit Melamin in China. «Solche globalen Lebensmittelskandale können natürlich nicht vorausgeplant werden», sagte Hübner. Die alltägliche Arbeit habe deswegen während rund einem Monat wegen der Aktualität beiseite gelegt werden müssen. Um die Sicherheit der Konsumenten zu gewährleisten, habe das Labor Inspektionen aufgenommen und «die Analytik für Melamin eingefahren». Ende Oktober habe man feststellen können, dass es keine Grenzwertüberschreitungen im Kanton gegeben habe.